

EU-Wahlen, US-geförderte Waffenruhe in Gaza & französische Truppen in der Ukraine

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Heute spreche ich mit dem langjährigen Friedensaktivisten Reiner Braun. Von 2013 bis 2019 war er einer der Präsidenten des Internationalen Friedensbüros. Er ist regelmäßiger Redner bei Friedensdemonstrationen in Deutschland und gehört zu den Gründungsmitgliedern des internationalen Friedensnetzwerks No to War - No to NATO. Reiner Braun, willkommen zurück.

Reiner Braun (RB): Vielen Dank für die Einladung.

ZR: Beginnen wir dieses Interview mit der Europawahl. Auf breiter Front, insbesondere in Ländern wie Deutschland und Frankreich, haben rechte Parteien bei der Europawahl große Gewinne erzielt. In Deutschland gingen die konservativen Oppositionsparteien CDU und CSU mit 30 % und die rechte Partei Alternative für Deutschland, AfD, mit 15,9 % als klare Sieger hervor. Die Regierungskoalition musste einen herben Rückschlag hinnehmen. Die Grünen erreichten 11,9 %, die FDP 5,2 % und die SPD nur 13,9 % der Stimmen, was nach Angaben der Deutschen Welle das schlechteste Ergebnis für die SPD bei einer bundesweiten demokratischen Wahl seit mehr als 130 Jahren ist. Bemerkenswerte Zugewinne erzielte auch die neue deutsche Linkspartei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), die zum ersten Mal auf der politischen Bühne in Erscheinung trat und gleich auf Anhieb 6,2 % der Stimmen erhielt. In Frankreich löste Präsident Emmanuel Macron das Parlament auf und rief vorgezogene Parlamentswahlen aus, nachdem die vorläufigen Ergebnisse gezeigt hatten, dass Marine Le Pens rechtsextreme Nationale Rallye etwa 32 % der Stimmen erhalten würde, was dem Doppelten von Macrons zentristischer Renaissance entsprechen würde, die derzeit 15,2 % der Stimmen hat. Könnten Sie Ihre Einschätzung zu diesen Wahlergebnissen abgeben und was dies für die Zukunft Europas bedeutet?

RB: Das Wahlergebnis ist einer der denkbar schlimmsten Ausgänge, die es geben könnte. Der Sieg der Rechten und der Konservativen zeigt, dass weder der Frieden noch die sozial-ökologische Transformation auf der Agenda der Menschen steht. Die Menschen sind

tief enttäuscht, vor allem in Deutschland, von der sogenannten Regierung. Und die Alternative für sie ist, sich nach rechts zu wenden, nicht nach links. Und das sieht man auch in Frankreich, auch wenn es recht optimistisch ist, dass in Frankreich 30 % für die linken Parteien gestimmt haben und dass diese linken Parteien jetzt geschlossen in den Wahlkampf ziehen. Das ist definitiv ein Zeichen der Hoffnung. Aber für Deutschland zeigt es, dass die Menschen, die unter den sozialen Verhältnissen leiden, keine Hoffnung haben. Und ohne Hoffnung und mit der Resignation bedeutet dies, dass sie mehr oder weniger die Rechten wählen oder nicht zu den Wahlen gehen. Ganze 50% gehen nicht wählen. Die minimale Hoffnung bei den Wahlen ist die Partei von Sahra Wagenknecht; die Partei wurde gewählt, die eine sehr klare Antikriegs- und Friedensposition hat, die sich für Verhandlungen und einen Waffenstillstand für die Ukraine und für andere internationale Konflikte einsetzt. Aber was bedeuten diese 6%, wenn die anderen, die AfD zum Beispiel, auf mehr als 50% kommen. Für die Friedensaktivisten und alle kritischen Stimmen im Land bedeutet dies, dass wir unsere Stimmen mehr oder weniger vereinen und unsere Aktivitäten ausweiten müssen, und wir müssen eine Sprache sprechen, die die Menschen im Land verstehen und in der die Menschen die Hoffnung auf Veränderungen erkennen können. Das ist eine sehr schwierige Frage, wenn wir uns die Medien und die Propaganda der Medien ansehen, die diese beiden Blöcke, den Regierungsblock und den rechtskonservativen Oppositionsblock, mit den gleichen Argumenten unterstützen. Und ich sehe die große Gefahr, die wir in Deutschland Brandmauer genannt haben, eine Brandmauer für den rechten Flügel. Sie nicht in der Regierung zu akzeptieren, könnte zu einem Bruch führen, wenn wir auf die Wahlen in den osteuropäischen Staaten blicken, die im September stattfinden werden. Es ist also eine sehr schwierige, sehr gefährliche und vielleicht auch eine Situation mit einer großen, großen Herausforderung.

ZR: Die Masseneinwanderung war ein zentrales Thema. Meinen Sie nicht, dass man argumentieren kann, dass so viele Menschen unkontrolliert in unser Land kommen und die soziale Infrastruktur so stark belastet wird, sei es im Bereich der sozialen Dienste, der Gesundheitsversorgung – wohin man auch schaut, man bekommt keine Termine, es gibt nicht genug Ärzte, usw., usw. – dass dies ein berechtigtes Anliegen ist, das die Menschen zum Ausdruck bringen? Und zweitens haben wir auch bei der ökologischen Transformation, über die Sie gerade gesprochen haben, gesehen, dass sie für die Landwirte, für die Menschen im Alltag mit einer Menge Kosten verbunden ist. Es ist nicht so, dass sich das Leben der Menschen durch die ökologische Transformation verbessert, und dass die Belastung eher die Mittelschicht und die untere Mittelschicht trifft, als die reichsten Menschen. Meinen Sie nicht, dass die Rechten mit diesem Argument alle diese Punkte ansprechen? Sogar Sahra Wagenknecht hat zum Beispiel über konstruktive Kritik an der Zuwanderung gesprochen, und zwar in der Weise, dass wir nicht jeden hereinlassen sollten und dass wir die kommunalen und lokalen Städte und die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, berücksichtigen sollten. Was halten Sie also von diesen Argumenten?

RB: Die Folgen der Migrationen sind für viele, viele Menschen verheerend. Aber die Gründe, warum sie so dramatisch sind, sind nicht die Migranten oder die Migration. Der Grund ist die neoliberalistische Politik in unserem Land, die den Sozialstaat zerstört und die

sozialen Aktivitäten des Staates reduziert hat, indem sie immer mehr Lasten auf die Schultern aller deutschen Mitbürger und der Menschen, die im Land leben, gelegt hat. Es gibt also in Wirklichkeit keinen Zusammenhang zwischen der Sorge um soziale Entwicklungen, um negative soziale Entwicklungen und der Migration. Und bitte lassen Sie uns diese Massenmigration, die wir in Deutschland haben, nicht als solche bezeichnen. Wenn man sich andere Länder in der Welt anschaut, vor allem die Länder des Globalen Südens, dann haben diese Länder eine reale Massenmigration in ihrem Land, aber nicht wir in Deutschland. Unter normalen sozialpolitischen Bedingungen, wo die soziale Frage im Mittelpunkt der Regierungsaktivitäten steht, wäre es sehr einfach, diesen Menschen zu helfen, Arbeitsplätze zu schaffen, diese Menschen zu integrieren. Aber dort wird nichts getan. Also leiden die Menschen. Die Menschen befinden sich auf der Straße. Und die Menschen sehen das und sehen ihre soziale Situation, und das ist die Reaktion. Und die Rechten missbrauchen die Situation, die durch die neoliberalistische Regierung in den letzten 30 Jahren entstanden ist. Und was mich wirklich wütend macht, ist, dass der Hauptgrund für die Migration die Kriege sind. Die Kriege, die hauptsächlich von der NATO geführt werden. Und niemand spricht über diese Kriege. Wenn man die Kriege reduziert, wenn man nicht mehr so viele Kriege in der Welt führt, vom Sudan über den Kongo, Libyen, man kann die ganze Welt durchgehen, dann wird die Zahl der Migrationen dramatisch zurückgehen. Lassen Sie uns also über Frieden sprechen. Frieden ist die Alternative, um auch die Migrationsfrage zu lösen. Wenn wir faire Handelsbeziehungen – das ist der nächste Punkt – mit diesen Ländern unterhalten, ihre Ressourcen nicht stehlen und für diese kaum etwas bezahlen, dann können wir tatsächlich über Migration sprechen. Das Migrationsproblem kann gelöst werden. Ich stimme absolut zu, und ich denke, jeder pflichtet mir bei, dass die Menschen in ihren Ländern deutlich mehr zum Leben haben, als diese gefährlichen und kostenintensiven Wege nach Europa zu gehen. Aber man muss den Menschen gegenüber, die hier sind, menschlich sein, und wir müssen die Hintergründe des Migrationsproblems lösen. Und einer der Haupthintergründe ist die Kriegssituation. Das betrifft die Frage der Migration. Und das zweite ist die Transformation; ich bin ein großer Fan der sozial-ökologischen Transformation. Wir brauchen das. Aber ich bin zutiefst dagegen, dass die normalen Menschen für die sozial-ökologische Transformation zahlen und die Reichen davon profitieren, obwohl die Reichen viel mehr für das Problem verantwortlich sind, für die ökologischen Probleme, die wir haben. Sie fahren die großen Autos. Sie fliegen jeden Tag und dergleichen. Wir brauchen eine Transformation, deren erster Punkt ist: Keiner sollte *mehr* leben. Jeder sollte besser leben, wenn die Transformation vollzogen wird. Und wir müssen den Menschen erklären, warum wir die Transformation durchführen, und wir müssen die Lösungen für die Transformation mit ihnen entwickeln, nicht Gesetze erlassen und sagen, macht bitte und zahlt. Das wird nicht funktionieren. Ich weiß, dass die Menschen, viele Menschen, die Veränderung verabscheuen, aber wir brauchen diese Transformation für das Überleben unseres Planeten und der Menschen. Wir brauchen also eine sozial-ökologische Transformation für die Menschen und mit den Menschen, nicht gegen die Menschen, und nicht auf Kosten der Armen und der normalen Menschen.

ZR: Ich möchte nun zu den jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine übergehen. Die Lage in der Ukraine hat sich dramatisch zugespitzt, vor allem seit Russland in diesem Sommer eine Offensive in der Ostukraine gestartet und beträchtliche

Gebietsgewinne erzielt hat – trotz Milliardeninvestitionen in Militärhilfe, darunter auch Hightech-Waffen. Der Westen, allen voran die USA, hat außerdem seine bisherige Politik aufgegeben, der Ukraine zu verbieten, Waffen aus westlicher Produktion gegen militärische Ziele in Russland einzusetzen. Nach dieser Kehrtwende berichtete der britische Fernsehsender Sky News kürzlich, dass ein ukrainischer Jet zum ersten Mal seit Beginn des Krieges innerhalb Russlands Schüsse abfeuerte. Darüber hinaus hat Frankreich trotz der Meinungsverschiedenheiten mit den USA und Deutschland in dieser Frage kürzlich angekündigt, französische Militärausbilder und Spezialisten zur Unterstützung des ukrainischen Militärs zu entsenden. Moskau reagierte auf diese Entwicklung mit der Aussage, dass keine Ausbilder, die das ukrainische Militär unterstützen, Immunität genießen, unabhängig davon, ob sie Franzosen sind oder nicht. Wie beurteilen Sie die Reaktion des Westens auf die erfolgreiche russische Sommeroffensive? Wird sie ausreichen, um die russische Aggression abzuschrecken und alle Gebiete zurückzuerobern, die Russland bisher eingenommen hat?

RB: Die einzige Möglichkeit, den Ukraine-Krieg zu beenden, besteht in Verhandlungen und einem Waffenstillstand und darin, den Vorschlägen zu folgen, die jetzt vor allem von Brasilien und China ausgearbeitet wurden. Den Vorschlag Brasiliens und Chinas, eine echte internationale Friedenskonferenz einzuberufen, die alle Konfliktparteien einbezieht, halte ich für richtig, und wir sollten diesem Vorschlag folgen. Eine Friedenskonferenz wie jetzt in der Schweiz, die nur eine Seite einbezieht, ist eine Propagandakonferenz. Wir können sie vergessen. Wir brauchen alle Parteien, auch Russland, an einem Tisch, um zu Lösungen zu kommen. Vielleicht wird die Lösung Zeit brauchen, wie alle anderen Verhandlungen dieser Art. Sehen Sie sich die Vietnam-Verhandlungen an. Es brauchte Jahre, um sie zu schließen. Aber es wurde einst mit ihnen begonnen. Und wir brauchen den Beginn dieser Verhandlungen jetzt. Und wenn wir einen Waffenstillstand erreichen könnten, d.h. einen eingefrorenen Konflikt, würden wir Hunderttausende von jungen Männern auf beiden Seiten retten und das Töten und die noch viel größere Zerstörung der Ukraine verringern. Der zweite Punkt betrifft die jüngste Entwicklung; vor allem die Angriffe auf das Frühwarnsystem Russlands sind die Vorbereitung des Dritten Weltkriegs. Jeder weiß, und in der Strategie der US-Atomstreitkräfte und der Strategie der russischen Atomstreitkräfte wird erwähnt, dass Angriffe auf Warnsysteme die Möglichkeit einer nuklearen Antwort bedeuten können. Das ist eine gefährliche Situation. Und so eine gefährliche Situation haben wir in Europa seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr gehabt. Und ich denke, wir müssen alles tun, um diese Ausweitung des Krieges zu verhindern. Und, wissen Sie, offen gesagt, ist dies das Vietnam-Syndrom. Zuerst schickten die USA Helfer nach Vietnam, dann schickten sie einige Offiziere und dann begannen sie, Truppen zu entsenden. Und dann kamen am Ende 500.000 Tote nach Hause. Und wenn man anfängt, Truppen zu entsenden, wird man diese Entsendung von Truppen ausweiten, man wird mehr und mehr Truppen schicken. Und was ist die Folge? Die Konsequenz ist ein längerer Krieg. Der Krieg wird größer sein. Mehr Menschen werden getötet werden. Es gibt keine Lösung auf militärischem Terrain. Es ist unmöglich, diesen Krieg gegen Russland zu gewinnen. Die einzige Möglichkeit ist, zu Verhandlungen und einem Waffenstillstand zu kommen. Und wenn die Front 20 km auf die eine oder andere Seite verlagert wird, so ist das kein Gewinn des Krieges. Sie sehen, Russland hat in sehr kurzer

Zeit eine Rüstungsindustrie aufgebaut, die beeindruckend ist, in sehr kurzer Zeit. Und sie können diese ausbauen und sind in der Lage, mehr Truppen, mehr Waffen an ihre Frontlinie zu bringen. Das bedeutet also, dass die Eskalation immer mehr zunimmt, aber die Eskalation ist nicht die Lösung des Problems. Mein einziger Punkt ist also zu sagen: Schluss damit, kommt an den Verhandlungstisch, folgt den Vorschlägen des Globalen Südens, vor allem Brasiliens und Chinas, aber auch der Afrikanischen Union und vieler, vieler anderer Länder, an den Verhandlungstisch zu kommen und zu versuchen, die Probleme zu lösen. Aber zuerst muss es zu einem Waffenstillstand kommen, damit das Töten und die Zerstörung des Landes aufhört.

ZR: Das Argument, das üblicherweise vorgebracht wird, lautet, dass der Frieden, den Sie beispielsweise befürworten, ein ungerechter Frieden sein wird. Er wird unmoralisch sein, da Russland bei den Verhandlungen jetzt die Oberhand hat, es hat beträchtliche territoriale Gewinne erzielt, so dass es ein Einfrieren aller von ihm kontrollierten Gebiete fordern wird, die nach internationalem Recht nicht zu Russland gehören. Der Frieden, der ausgehandelt wird, wird also zu Russlands Gunsten ausfallen. Und deshalb ist der Westen, angeführt von Deutschland und den Vereinigten Staaten, gegen einen ungerechten Frieden und setzt sich für eine Vertreibung Russlands ein. Was halten Sie von diesem Argument?

RB: Zunächst einmal wissen wir nicht, wie die Verhandlungen ausgehen werden. Und bevor man Verhandlungen beginnt, sollte man sehr vorsichtig sein, das Ende der Verhandlungen vorherzusagen. Warten wir also ab, was jede Seite vorschlägt. Wenn wir auf die Verhandlungen zurückkommen, die wir im März/April 2022 zwischen der Ukraine und Russland geführt haben und die zum Istanbuler Abkommen und zu den Gesprächen mit dem damaligen israelischen Premierminister Bennett geführt haben, dann denke ich, dass dies kein ungerechter Frieden war. Es war ein Frieden. Die russischen Truppen kehren nach Hause zurück, es wird Diskussionen und Wahlen im Osten der Ukraine geben, und die Ukraine wird wieder zu einem neutralen Land werden, was viele, viele Jahre lang in ihrer Verfassung stand und was auch der Hintergrund des Budapester Abkommens von 94 und vieler anderer Punkte war. Ich kann also nur sagen: Warten wir's ab. Und ich bin sehr vorsichtig, wenn es um den Ausgang der Wahlen geht. Der zweite Punkt ist, dass wir das Votum des Volkes akzeptieren müssen und dann die Menschen in den verschiedenen Teilen der Ukraine unter der Kontrolle der Vereinten Nationen abstimmen lassen müssen, um zu sehen, was die Menschen im Osten der Ukraine und vielleicht auf der Krim wollen. Und nicht, dass Russland diese Wahlen kontrolliert, wir brauchen neutrale Wahlbeobachter. Vielleicht unter der Kontrolle der Vereinten Nationen oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit). Lassen Sie uns also mit den Menschen darüber diskutieren, denn wir haben zwei Elemente. Wir haben die Souveränität der Ukraine, aber wir haben auch die selbstorganisierten Interessen des Volkes, den unabhängigen Wunsch des Volkes. Und zwischen beidem müssen wir einen Ausgleich schaffen. Und die einzige Möglichkeit, dieses Gleichgewicht herzustellen, besteht darin, die Menschen in den verschiedenen Regionen nach ihrer Meinung über die Zukunft zu fragen. Und im Laufe der Verhandlungen müssen die russischen Truppen auf jeden Fall reduziert werden. Die russischen Truppen müssen das Land wieder verlassen. Und dann haben wir die große Frage der Reparationen. Auch da müssen wir zu einer

Einigung kommen. Diese Verhandlungen sind also nicht einfach, aber Verhandlungen sind nie einfach, und ich kann nur auf das zurückgreifen, was der ehemalige deutsche Ministerpräsident Helmut Schmidt gesagt hat. „Ich bin immer“, sagte er, „für hunderte von Stunden an Verhandlungen. Sie sind besser als eine Stunde Schießerei“. Lassen Sie uns also diesen Weg der Wahl gehen und dann sehen, wie sich das Ganze entwickeln wird. Und lassen Sie uns die Menschen in den verschiedenen Teilen, in den umstrittenen Teilen der Ukraine, fragen, was ihre Wünsche sind und wie sie in Zukunft leben wollen.

ZR: Ich möchte auf eine aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit Israel und dem Gazastreifen eingehen. Am Montag hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine von den Vereinigten Staaten ausgearbeitete Waffenstillstandsresolution zur Beendigung der israelischen Militäroffensive im Gazastreifen gebilligt. Diese Resolution kommt acht Monate nach Beginn der israelischen Offensive im Gazastreifen zustande, bei der bisher rund 37.000 palästinensische Zivilisten getötet und weitere 85.000 schwer verletzt wurden. Zuvor hatten die USA im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution eingelegt, in der ein Waffenstillstand gefordert wurde, mit der Begründung, Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung. 14 der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten für die von den USA unterstützte Resolution, während Russland sich der Stimme enthielt. Die Resolution unterteilt den Waffenstillstand in drei Phasen. Phase eins beinhaltet eine sechswöchige Waffenruhe, die den Zugang zu humanitärer Hilfe sowie Verhandlungen über die Freilassung israelischer Geiseln und palästinensischer Gefangener ermöglicht. Phase zwei sieht ein dauerhaftes Ende der Kämpfe, die Freilassung aller noch gefangenen Palästinenser und einen vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen vor. In Phase drei geht es um den Aufbau und die Entwicklung des Gazastreifens und die Rückkehr der Bevölkerung nach Hause. Gestern berichtete die israelische Zeitung Haaretz, dass die Hamas eine Resolution des UN-Sicherheitsrates akzeptiert hat und bereit zu Verhandlungen über deren Einzelheiten ist. Nun ist Israel am Zug, und obwohl die USA erklärt haben, dass Israel den Waffenstillstand akzeptiert hat, ist unklar, wie er mit den Zielen Israels vereinbar ist, die die vollständige Beseitigung der Hamas, die Rückgabe aller Geiseln und die Gewährleistung, dass der Gazastreifen nie wieder eine Bedrohung für Israel darstellt, beinhalten. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung, und glauben Sie, dass dieser Vorschlag den israelisch-palästinensischen Konflikt dauerhaft beheben kann?

RB: Ich bin kein religiöser Mensch, aber ich bete dafür, dass es in der Region zu einem Waffenstillstand kommt und die brutale – es ist schwierig, die Situation in Worte zu fassen. Es ist so furchtbar, und jedes Bild, das man sieht, macht es noch schlimmer, und Worte reichen nicht aus, um das zu beschreiben, was man auf den Bildern sieht. Wenn man sich die Frauen und Kinder anschaut, wie die Menschen von einem Teil des Landes zum anderen fliehen müssen, dann ist es absolut notwendig und das Wichtigste, dass es zu einem Waffenstillstand kommt. Daher begrüße ich alles, was zu einem Waffenstillstand beiträgt, sehr. Andererseits kann ich sagen, dass es sehr einfach wäre. Wenn die USA und Deutschland, die Israel zu 80 % und militärisch zu 90 % unterstützen, ihre Waffenlieferungen einstellen würden, wäre der Krieg spätestens nach vier, fünf oder sechs Tagen zu Ende, weil der israelischen Armee die Waffen fehlen würden. Wenn die westlichen Länder es also ernst

meinen und den Krieg stoppen wollen, könnten sie das. Sie müssen nur aufhören, Israel mit Waffen zu versorgen. Das ist ein sehr einfacher Weg. Und sie tun es nicht. Es ist also immer, wie in vielen anderen Konflikten auch, diese Doppelmoral der westlichen Länder. Auf der einen Seite sprechen sie für den Frieden und auf der anderen Seite schicken sie Waffen und militarisieren Israel. Das ist der Punkt, den ich anspreche, dass unsere Regierung und vor allem die US-Regierung einen Teil der Verantwortung für das tägliche Töten in Gaza trägt. Das ist meine Antwort auf den Konflikt. Meine zweite Antwort lautet: Wir brauchen eine Lösung, die über eine Waffenruhe hinausgeht und die versucht, einen über 70 Jahre alten Konflikt zu lösen. Und dazu sind für mich wiederum Verhandlungen notwendig. Und es gibt seit Jahren den Vorschlag einer Friedens- und Sicherheitskonferenz im Nahen Osten. Alle Teile des Nahen Ostens, einschließlich der Großmächte, sollten sich zusammensetzen und einen Friedensprozess entwickeln. Das ist ein bisschen so wie in Europa in den 70er Jahren, was zur Konferenz in Helsinki 75' führte. Wir brauchen dasselbe. Sie müssen sich zusammensetzen. Sie müssen Lösungen für den Wiederaufbau, für die Versorgung der Menschen, für die Lösung des Problems des palästinensischen Volkes finden. Und es handelt sich um eine große Frage für zwei unabhängige Staaten. Die ganze Diskussion ist ernst. Wenn ich mir die im palästinensischen Gebiet lebenden Siedler anschau, ist das sehr schwierig, aber man kann dieses Problem nur lösen, wenn man sich zusammensetzt. Das ist der entscheidende Punkt. Und offen gesagt: Israel braucht eine neue Regierung. Wir brauchen so schnell wie möglich Wahlen in Israel. Ich habe keine großen Hoffnungen in die neue Regierung, aber es wäre vielleicht eine Regierung ohne diese Faschisten in der Regierung. Das einzige Ziel dieser Faschisten ist die Tötung der Palästinenser. Das ist faschistisches Verhalten, Menschen zu töten, weil sie diese Menschen verabscheuen. Das ist purer Rassismus. Und dann müssen wir sie schnell aus der Regierung vertreiben, das israelische Volk muss sie so schnell wie möglich aus der Regierung vertreiben. Wir brauchen also auch in Israel Wahlen. Aber der Prozess beginnt in einem Anfang. Und jeder Schritt, der hilft, zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen zu kommen, ist meiner Meinung nach mehr als willkommen und sollte unterstützt werden. Und ich sage das als Deutscher, der die deutsche Geschichte kennt und die deutsche Verantwortung für viele, viele Entwicklungen in den Regionen. Aber wir haben eine besondere Verantwortung, eine Friedensverantwortung. Und nicht eine Verantwortung, mehr Waffen zu liefern und das Töten zu verstärken. Das ist die Verantwortung, die wir aus unserer Geschichte haben.

ZR: Meine letzte Frage, die uns auch zu diesem Interview inspiriert hat, betrifft eine E-Mail, die Sie mir zum kürzlichen Tod des Wissenschaftlers, Visionärs und Friedensaktivisten Hans-Peter Dürr geschickt haben, der vor kurzem im Alter von 84 Jahren verstorben ist. Können Sie über das Leben, die Geschichte und das Vermächtnis von Hans-Peter Dürr sprechen und was wir aus seiner Arbeit lernen können?

RB: Wenn ich mir die Konflikte, die wir heute erleben, anschau, denke ich oft an Hans-Peter Dürr und was er sagen würde. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass er der Meinung gewesen wäre, dass wir eine Friedenslösung suchen und die Menschen zusammenbringen sollten. Er war Wissenschaftler. Er war äußerst international. Er war ein großer Unterstützer von Albert Einstein und sagte immer, dass Wissenschaft international ist

und die Wissenschaft die Menschen zusammenbringen kann. Wir lösen die Probleme auf internationaler Ebene, also lasst uns das Gleiche auf dem Gebiet der Politik tun. Und das war eine seiner Visionen. Und er hat viel getan, um diese Vision zu verwirklichen. Er hatte enge Beziehungen zu Gorbatschow und half ihm bei der Entwicklung seines Friedens- und Abrüstungsplans. Er brachte den Vorschlag einer atomwaffenfreien Welt ein. Er ging zu ihm und brachte Vorschläge für eine atomwaffenfreie Welt ein. Er war ein Mann, der den Mut hatte, Dinge in einer Zeit zu tun, in der dies nicht auf der Tagesordnung stand. Das Max-Planck-Institut ist eine sehr konservative Gesellschaft, und sie waren nicht sehr angetan von dem, was sie die Dürsche Außenpolitik nannten. Sie wollten ihre eigene Außenpolitik machen. Aber das war nie eine Friedenspolitik. Aber er hat es getan. Er brachte unterschiedlich denkende Menschen zusammen, um Probleme zu lösen. Er war Vorstandsmitglied von Pugwash, das 95' den Friedensnobelpreis erhielt. Und so war auch er in gewisser Weise ein Friedensnobelpreisträger. Und zwar für gemeinsame Arbeit, für den Frieden. Und dafür hat er sich sein ganzes Leben lang eingesetzt. Er war ein brillanter Wissenschaftler, aber sein Engagement galt dem Frieden und der Abrüstung.

ZR: Reiner Braun, langjähriger Friedensaktivist, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

RB: Danke.

ZR: Und danke für Ihr Interesse heute. Wenn Sie sich unsere Videos regelmäßig ansehen, unterstützen Sie unseren Journalismus bitte mit einem Dauerauftrag über Patreon, BetterPlace, PayPal oder direkt auf unser Bankkonto. Obwohl unsere Videos tausende und sogar zehntausende Male angeschaut werden und wir über 150.000 Abonnenten haben, unterstützen uns nur 530 Menschen monatlich mit einem Dauerauftrag. Wir sind eine unabhängige und gemeinnützige journalistische Organisation, die kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt und auch keine Werbung zulässt, alles mit dem Ziel, Sie mit unabhängigen, kritischen Informationen zu versorgen, die Sie in den Leitmedien einfach nicht hören werden. Die Links zu allen Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Ich danke Ihnen fürs Einschalten und für Ihre Unterstützung. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Wir sehen uns beim nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.

PAYPAL:
E-Mail:

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PayPal@acTVism.org

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Click here](#)

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org